

# Editorial

Während Heft 80 des *Widerspruchs* erscheint, sehen und hören wir vom Sterben in der Ukraine, einem geografisch nahen, aber sachlich und politisch fernem Land – sowohl in Bezug auf das Wissen in westlichen Ländern über Geschichte und Gegenwart im postsowjetischen Raum als auch was die Einschätzungen der Kriegsvorgänge anbelangt. Vor einem Jahr gaben wir *Widerspruch* 78 zur *Vermessung der Katastrophe* heraus, und der Angriff Russlands auf die Ukraine spielte darin keine Rolle. Der Krieg hatte uns überrascht. Dennoch wagen wir uns nun aus Gründen der Dringlichkeit, und um Wissen nachzuholen, an ein Heft zum Krieg in der Ukraine und dessen Kontext, das die Akteure und Umstände des Konflikts sowie linke Positionen diskutiert.

Die Zeitschrift *Widerspruch* trägt die Dimensionen von Konflikt und Auseinandersetzung im Titel. In ihr wird herrschenden Positionen widersprochen, und es werden Meinungsverschiedenheiten unter Linken ausgetragen, streitlustig und solidarisch – ohne auszublenden, dass Grenzen existieren und nicht alle Positionen im linken Spektrum unter dem Vorzeichen der Meinungsvielfalt gleichermaßen legitim sind. Aussagen müssen belegt werden, Polemiken und Vereinfachungen riskieren auf *Widerspruch* zu stossen. Theorie und Praxis der Begriffe «links», «sozialistisch» und «emanzipatorisch» müssen zudem inhaltlich weiter gefüllt werden in einer Zeit, in der linke Gegenprojekte zu herrschenden Politiken erst in Konturen erkenntlich sind.

Auseinandersetzungen in einer pluralistischen Linken zu führen, ist dieser Tage nicht einfach. Die rasanten Entwicklungen, bereits stattfindende oder sich abzeichnende Umbrüche drohen, sich links positionierende Menschen, Organisationen und Parteien zu spalten, gegeneinander aufzubringen und teilweise sogar lahmzulegen. Linke nehmen – vereinfacht formuliert – gegenüber dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht, der Bedeutung der NATO-Ost-

erweiterung und dem (interimperialistischen) Charakter des Konflikts sehr unterschiedliche Positionen ein.

Die damit verbundenen Konflikte reichten in der Phase der Konzeption von *Widerspruch* 80 mitten in die Redaktion und den Beirat der Zeitschrift hinein und brachen am redaktionellen Entscheid aus, den Artikel von Hanna Perekhoda abzulehnen, was zur Folge hatte, dass auch Beat Ringger und Renate Hürtgen ihre Artikel zurückzogen.<sup>\*</sup> Die im Verlauf des Konflikts geäußerte Kritik liess uns als Redaktion den Entscheid überdenken und korrigieren, unter anderem, weil der *Widerspruch* eine Plattform für ein breites Meinungsspektrum in der Linken sein will.

Wir verurteilen den russischen Überfall auf die Ukraine und halten fest, dass von einem völkerrechtlichen Standpunkt Recht und Unrecht klar verteilt sind. Von russischer Seite werden völkerrechtliche und humanitäre Prinzipien verletzt, konkret: die territoriale Integrität des ukrainischen Staates gemäss Artikel 2 der UN-Charta.

Für Linke stellen sich zugleich weitere Fragen. Zunächst einmal ist Skepsis angebracht gegenüber allen, die die Wahrheit nun besonders genau kennen wollen. Zum einen, weil es eine nicht eben glanzvolle Geschichte zum Umgang mit Widersprüchen in der Linken gibt. Zum anderen, weil Krisen von ihrem (unbekannten) Ende her gedacht werden müssen. Welche Strategien sind die richtigen? Grundsätzlich diejenigen, die zum Ziel führen: zur Beendigung des Krieges. Welche das sind, wird sich aber erst im Ergebnis zeigen – und weitgehend von der herrschenden Politik entschieden werden. Bei allen Auseinandersetzungen sollte nicht vergessen gehen, dass linke Positionen derzeit auf die grossen Konfliktlinien leider so gut wie keinen Einfluss haben.

Unbestritten scheint eine kapitalismuskritische Lektüre dieses Krieges. Die Ukraine ist ein Markt, der in der westlichen bzw. östlichen Zone gehalten und von beiden Seiten im jeweiligen Einflussgebiet so schnell wie möglich zugerichtet werden soll. Russland wählt dafür einen grausamen Krieg – rohe Gewalt soll den Raum zu Machtentfaltung und Kapitalakkumulation sichern, wobei der Verteidigungswille der Ukrainer:innen zeigt, dass ganz offensichtlich die wenigsten Menschen unter russischem Einfluss leben wollen. Die Angst ist berechtigt, dass mit der imperialen Vereinnahmung der Ukraine durch Russland die dort herrschenden ökonomischen und ideologischen diktatorischen Zustände übertragen würden. Unter der Selenskyj-Regierung zeichnet sich die weitere Zurichtung der Ukraine entlang

\* Die namentliche Nennung der Autor:innen erfolgt auf eigenen Wunsch.

eines rigiden Neoliberalismus ab. Wie eine solche Zurichtung aussieht, zeigen die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank im Globalen Süden oder die nach gleichem Muster organisierten Privatisierungen von staatlichen und kollektiven Unternehmen aus der Sowjetzeit sowohl in Russland als auch der Ukraine. Derartige Transformationen bringen den Besitz in wenige oligarchische Hände und stürzen die grosse Mehrheit der unteren Klassen in Armut und Elend. Dieselben Tendenzen zeigen sich auch im «Nationalen Wiederaufbauplan» (Ukraine's National Recovery Plan, UNRP), der anlässlich der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine im Juli 2022 präsentiert wurde und im Ergebnispapier der Konferenz, der «Erklärung von Lugano», reflektiert wird. Der Plan umfasst eine Reihe kapitalfreundlicher Massnahmen, zum Beispiel die «Privatisierung nicht kritischer Unternehmen» oder die «definitive Überführung von staats eigenen Unternehmen in private Konzerne» (UNRP 2022, 9).

Unbestritten ist weiter, dass die Schweiz seit Jahrzehnten eine Drehscheibe ist für (meist männliche) Oligarchen und ihre Geschäftsaktivitäten, wovon auch der Schweizer Rohstoffhandel und die hiesige Finanzindustrie profitieren. Laut Nationalbank lagen 2020 über zehn Milliarden Franken von russischen Staatsbürger:innen auf Schweizer Konten. Vorschläge zur Regulierung des lückenhaften Rohstoffplatzes sind vorhanden, es fehlt aber der politische Wille zur Umsetzung und Transparenz, die nicht nur dem russischen Kapital unwillkommen ist. Diese Finanzierung des russischen Kriegs zu bekämpfen, gehört zu den Aufgaben von in der Schweiz lebenden Linken, genauso wie die praktische Unterstützung aller Deserteur:innen und Flüchtlinge aus der Ukraine und Russland.

Daran anschliessend versteht sich von selber, dass Solidarität unteilbar ist und Unterstützung und Hilfe für die im rassistischen europäischen Grenzregime bevorzugt behandelten Ukrainer:innen nicht auf Kosten der Opfer von NATO-geführten Kriegen gehen dürfen, sondern dass umgekehrt die Aufnahme von Schutzbedürftigen ausgeweitet werden muss. Das NATO-Mitglied Türkei stoppte die Bombardements in den kurdischen Gebieten nicht einmal angesichts der durch das Erdbeben verursachten Verwüstungen – Medien und Öffentlichkeit schwiegen weitgehend. In *Widerspruch* 80 kam ein Artikel zu den Auswirkungen der Angriffe, vor allem auf kurdische Frauen und weibliche Führungspersonen, nicht zustande, da die Autorin aus unbekanntem Gründen nicht mehr erreichbar ist.

Nicht unumstritten sind hingegen Fragen der Strategie – Verhandlungen und Waffenlieferungen, ja oder nein? – und die mannigfachen, damit verbundenen Einschätzungen der Konflikte zwischen den Machtblöcken.

Muss die NATO-Politik als für Linke schwierig auszuhaltendes Dilemma mitgetragen werden? Die ukrainische Zivilbevölkerung ist in diesem Krieg nicht nur «Kollateralschaden», sondern unter anderem durch Angriffe auf die Infrastruktur direkt betroffen. Auf dem Spiel stehen ihre Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechte. Der Sturz des oligarchischen russischen Regimes oder zumindest der Rückzug aus der Ukraine würde in der Perspektive derjenigen, die das Dilemma aushalten, einen zivilgesellschaftlich vergleichsweise emanzipatorischen Horizont eröffnen und in andere Regionen ausstrahlen. Putin wäre nicht mehr das Role Model für rechte Kräfte auf der ganzen Welt und die nationalistisch-patriarchalen Narrative würden zurückgedrängt, die sich gegen einen «degenerierten Westen» richten mit einer sich liberalisierenden, von binären Mustern entfernenden Geschlechterordnung («Gayropa»).

Die Ansicht, dass der «Westen» seinen Zenit überschritten hat und der Unilateralismus der NATO einer multipolaren Weltordnung weichen muss, stellt eine ideologische Verbindung zwischen Russland und dem Globalen Süden dar. In der UNO-Generalversammlung wird der Angriff zwar mehrheitlich verurteilt, aber der Ukrainekrieg wird nicht zum Prüfstein für die Anerkennung der bestehenden Ausübung der internationalen Rechtsordnung. Im Globalen Süden sind westliche Interventionen, zum Beispiel in Libyen, Afghanistan oder im Irak, präsenter und die humanitäre Doppelmoral des sogenannten Menschenrechtsimperialismus wird angeprangert.

Unter anderem auf linke Positionen aus dem Globalen Süden berufen sich diejenigen Stimmen, die häufig unter dem Slogan «Weder mit Putin noch mit der NATO» mobilisieren. In ihrer Perspektive trugen auch die Provokationen der NATO während der letzten dreissig Jahre wesentlich zur aktuellen Kriegssituation bei, einer Eskalation zwischen Grossmächten, bei der proletarische Menschen ihr Leben, ihre Freiheit und Sicherheit zu verlieren drohen. Oft drängen diese Stimmen auf Diplomatie statt Eskalation und verweisen darauf, dass die verheerenden lokal- und globalstrategischen Interventionen des «Westens» ähnlich legitimiert wurden, wie es derzeit das russische Regime tut – etwa mit dem Kampf gegen Terror oder dem Schutz von Minderheiten. Auch im Fall des von der NATO bombardierten Jugoslawiens, einem Krieg in Europa, der – unter anderem aufgrund der atomaren Bedrohung – nicht auf dieselbe Stufe wie der Krieg gegen die Ukraine gestellt werden kann, war das so.

Die an dieser Stelle schablonenhaft skizzierten Haltungen kommen im vorliegenden Heft differenzierter zu Wort, zusammen mit weiteren, sich quer oder dazwischen positionierenden Stimmen. Kein Artikel ruft dazu auf,

sich als Linke widerspruchslos hinter die NATO zu stellen; einige Autor:innen plädieren mit unterschiedlichen Begründungen für Sanktionen und/oder Waffenlieferungen an die Ukraine. Auch relativiert kein Artikel den russischen Angriffskrieg, weil er «irgendwie der kleinere Imperialismus» sei. Bei allen Differenzen sind nach unserem Ermessen alle Artikel in *Widerspruch* 80 auf der Suche nach Zwischenräumen zur herrschenden Politik, jenseits von binären Polarisierungen und unter Anerkennung der vielen Problematiken, die dieser Krieg mit sich bringt, der auf die Stimmen von Wladimir Putin und Wolodymyr Selenskyj verkürzt zu werden droht.

Auch im bis in die Schweiz ausstrahlenden Kriegsnebel muss die Vielfalt verteidigt werden, die vielen ukrainischen und russischen Realitäten, besonders diejenigen der Frauen, Männer, queeren Menschen und Kinder der unteren Klassen. Ihnen gilt unsere Empathie und Solidarität, und sie müssen der reflexive Ausgangspunkt linker Analysen sein. Sie alle leiden unter dem russischen Angriffskrieg, der (in seiner zwischenimperialistischen Dimension) ein zerstörerisches Potential hat, das über die Ukraine hinausreicht und auch die dringend notwendige ökosoziale Transition bedroht.

Wenn nicht anders vermerkt, ist der Stand der Artikel Ende Januar / Mitte Februar.

Die Redaktion